

Armutsbekämpfung

«Schlimm sind Signale an die Kinder»

Die EU hat 2010 zum Jahr der Armutsbekämpfung erklärt. Jetzt werden neue Sozialleistungen gefordert – welche die Professorin Monika Büttler hart kritisiert.

INTERVIEW VON FABIAN FELLMANN

Monika Büttler, die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) will die Armut bis in zehn Jahren halbieren – unter anderem mit Ergänzungsleistungen für Familien, damit diese ein garantiertes Einkommen haben. Eine gute Idee?

Monika Büttler*: Der Vorschlag hat einen Vorteil: Mit den Ergänzungsleistungen lassen sich Familien mit Kindern ganz gezielt erreichen, und sie sind leicht überprüfbar. Aber sie untergraben jeglichen Arbeitsanreiz für die Eltern. Warum soll man Vollzeit arbeiten, wenn man dank Ergänzungsleistungen ohne Erwerbsarbeit oder mit Teilzeitarbeit zu einem gleich hohen Einkommen kommt?

Dafür gibt es Freibeträge: Wenn man mehr verdient, werden die Ergänzungsleistungen nicht gekürzt.

Büttler: Die Freibeträge sind zu klein. Wer arbeitet, hat höhere Kosten, weil die Zeit fehlt, günstige Angebote zu suchen oder etwas selber zu machen. Kinderkleider zum Beispiel gibts praktisch gratis, wenn man Zeit hat, danach zu suchen. Schlimmer sind die Signale an die Kinder: Sie sehen, dass die Eltern ohne Arbeit ein Auskommen haben. Die Folgen lassen sich in Deutschland beobachten: Kinder von Hartz-IV-Empfängern wissen teilweise gar nicht mehr, was es heisst, mit Arbeit den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen.



«Das ist eine Zeitbombe, die relativ schnell explodieren kann.»

MONIKA BÜTTLER, WIRTSCHAFTSPROFESSORIN

Sie befürchten, dass sich das Risiko, Sozialhilfe zu beziehen, vererbt?

Büttler: Dieses Risiko besteht ganz sicher, und die Kosten dafür sind enorm. Diese Kinder lernen auch, dass man ohne Bildung leben kann. So fehlt ihnen der Ansporn, Zeit und Energie dafür zu investieren.



Geschenke für die Armen: Mitarbeiter des Schweizerischen Roten Kreuzes verpacken am 29. Dezember in Bern Waren für Bedürftige in Kartonkisten. REUTERS

Der Schwyzer Sozialversicherungs-experte Andreas Dummerth sieht in den Ergänzungsleistungen das nächste grosse sozialpolitische Diskussions-thema. Einverstanden?

Büttler: Die Ergänzungsleistungen nehmen rasant zu. Das ist eine Zeitbombe, die schnell explodieren kann, bisher aber komplett ausserhalb jeder politischen Diskussion stand. Über IV, Arbeitslosenversicherung, AHV und Pensionskassen stimmen wir ständig ab – über die Ergänzungsleistungen nie.

Sie reden so, als ob Armut in der Schweiz kein Problem wäre.

Büttler: Armut gibt es überall, weil die Menschen so verschieden sind. Aber es ist eine Illusion, dass man Armut ausmerzen kann. Und in der Schweiz zweifle ich die Zahlen an, wenn von 900 000 Armen gesprochen wird. Ein Student, der mit 2000 Franken im Monat auskommt, ist nicht arm. Wir haben auch eine Anspruchshaltung entwickelt, weil wir uns alle schon viel mehr Wohlstand gewohnt sind als die Generation unserer Eltern. In der Schweiz stirbt niemand vor Hunger,

SKOS

31 Massnahmen für weniger Armut

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos) hat gestern einen Bericht mit 31 konkreten Massnahmen präsentiert, mit denen die Armut in der Schweiz in den nächsten zehn Jahren halbiert werden soll. In erster Linie zielen sie auf die Verbesserung der Situation von Familien mit Kindern, jungen Erwachsenen und älteren Menschen ab, etwa mit bundesweiten Ergänzungsleistungen für Familien. Weiter soll Langzeitarbeitslosen mit gezielten Integrationsmassnahmen und Ergänzungsleistungen besonders geholfen werden. **ap**



Armutsbekämpfung: Den Massnahmenplan der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe gibts auf www.zisch.ch/bonus

und jeder, der will, hat ein Dach über dem Kopf. Natürlich muss man jenen helfen, die Pech hatten und zwischen die Maschen des sozialen Netzes gefallen sind. Aber solche Massnahmen dürfen nicht andere dazu verleiten, sich nicht mehr selbst helfen zu wollen.

Was würden Sie vorschlagen?

Büttler: Es braucht effektive Zusätze, wenn der Lohn nicht reicht. Der Name Ergänzungsleistungen verspricht zwar dies, doch faktisch wirken sie als Lohnersatz: Wenn der Lohn um 100 Franken sinkt, nehmen einfach die Ergänzungsleistungen um 100 Franken zu.

Was sähen Sie als Gegenmassnahme?

Büttler: Die USA haben ein System entwickelt, in dem Leute mit einem tiefen Einkommen Steuergutschriften erhalten. Wir müssten dafür das Grundniveau der Sozialhilfe tiefer ansetzen und dafür höhere Freibeträge einführen.

Die Skos will auch, dass IV, AHV, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe stärker zusammenarbeiten.

Büttler: Das ist bereits angelaufen.

EXPRESS

- Ergänzungsleistungen nähmen den Anreiz zur Arbeit, sagt Monika Büttler.
- So bewirkten Massnahmen zur Bekämpfung der Armut das Gegenteil.

Und es ist wünschenswert, wenn diese Zusammenarbeit weiter verstärkt wird. In der IV hat bezüglich der Integration der Kranken bereits eine positive Revolution stattgefunden. Das kostet zwar etwas. Aber es lohnt sich eben, früh einzugreifen. Das zeigt die Arbeitslosenversicherung, wo die Leistungsbezüger unmittelbar nach einem Stellenverlust von den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren beraten werden.

HINWEIS

► * Monika Büttler (48) ist Professorin für Volkswirtschaft und Direktorin des Schweizerischen Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität St. Gallen. ◀

NACHRICHTEN

Soldat starb bei einem Unfall

Bern – Der Tod eines 21-jährigen Durchdieners, der im Mai 2009 in der Aare bei Aarwangen ertrank, hat keine strafrechtlichen Folgen. Die Untersuchung der Todesumstände hat laut Militärjustiz keine Hinweise auf ein strafrechtlich relevantes Drittverschulden ergeben. Der 21-jährige Innerschweizer gehörte einer Katastrophenhilfe-Kompanie an. Er war beim Schwimmen ertrunken. (ap)

Zürich gegen Kopftuch-Verbot

Zürich – Der Zürcher Kantonsrat hat gestern eine Motion der SVP zum Kopftuch-Verbot in Schulen abgelehnt. Zudem verlangte die SVP, dass Dispensationen während des Ramadans nicht mehr gewährt würden. Innerhalb der Volksschule müssten alle Schülerinnen und Schüler dieselben Rechte und Pflichten haben, argumentierte die SVP. Doch die Ratsmehrheit stellte sich gegen diese Forderung. (red)

Roadpricing

Scharfe Kritik an Idee für neue Gebühr

Der Vorschlag, Roadpricing auf Strassen einzuführen, stösst auf Ablehnung. Besser sei es, die Autobahn-Vignette zu verteuern, so ein Politiker.

«Ich war erst einmal erstaunt, als ich wieder vom Roadpricing las», sagte gestern Max Binder (SVP, Zürich), Präsident der nationalrätlichen Verkehrskommission. Schliesslich habe es das Parlament vor rund anderthalb Jahren abgelehnt, dieses Instrument vertieft zu prüfen.

Der Grund für das Erstaunen Binders: In der «Sonntagszeitung» lässt sich Rudolf Dieterle, Direktor des Bundesamtes für Strassen, vernehmen, wie er sich eine Finanzierung künftiger Strassen vorstellt: «Ein gescheites System, wie es die Holländer planen, kann für die Schweiz durchaus adäquat sein.» Die Niederländer führen 2012 ein Roadpricing ein: Wer wann wie viel fährt, wird dort dann per GPS erhoben und anschliessend in Rechnung gestellt.

Finanzierung künftig fraglich

Zwar ist der Hintergrund der direktoralen Äusserungen zur künftigen Finan-

zierung von Bau und Unterhalt der Strassen allgemein anerkannt: Der Bund braucht Geld, um bereits geplante Autobahnen zu bauen, und weil dieses Geld aufgrund des zurückgehenden Treibstoffverbrauchs der Fahrzeuge oder der Verwendung alternativer «Kraftstoffe» wie Elektrizität mittelfristig kaum ausreichend über die Mineralölsteuer zu beschaffen ist, braucht es irgendwann ein anderes Finanzierungssystem als das heutige. Roadpricing wäre da eine Option.

Eine Option, aber auch nicht mehr, insistiert etwa Stephan Müller vom Touring Club Schweiz (TCS). Der TCS gehört zu den Roadpricing-Skeptikern.

Ein runder Tisch

Auch der TCS anerkenne, dass sich bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur ein Finanzierungsgap abzeichne, man sei aber nicht schon heute bereit, sich für konkrete Finanzierungsmodelle auszusprechen. «Erst sind einmal die Rückstellungen aufzubauen, und dann ist an einem runden Tisch zu diskutieren, wie weiter vorgegangen werden soll.»

Vom Roadpricing nach holländischem Modell hält TCS-Sprecher Müller nicht allzu viel: «Es würde sicher

eine Flut von Ausnahmegesuchen geben. Gewerbetreibende, Taxifahrer – sie alle verlangten Ausnahmen; das Finanzierungsmodell würde durchlöchert.»

Teurere Vignette als Lösung?

Kein Geheimnis ist, dass das Roadpricing in der Schweiz auf dem Lande noch weniger Freunde hat als in der Stadt. So erstaunt es nicht, dass etwa der Glarner Ständerat This Jenny (SVP), wie Binder auch er Mitglied der Verkehrskommission seines Rates, am Roadpricing keinen Gefallen findet. Stattdessen könne erst einmal die Mineralölsteuer moderat erhöht werden. Wenn dies nicht reiche, «würde der Bürger wohl eher eine Erhöhung des Preises der Autobahn-Vignette akzeptieren». Dies habe den Vorteil, «dass man dadurch auch ausländische Strassenbenützer zur Finanzierung der Infrastruktur heranzieht».

Parteikollege und Verkehrskommissionspräsident Binder wiederum verlangt «erst einmal eine Gesamtschau, bevor wir uns auf ein Modell festlegen, das schon von der Topografie her wohl nicht einfach auf die Schweiz übertragen werden könnte». Da ist er sich einig mit dem Bündner Ständerat Christoffel Brändli, Präsident der ständerätlichen Schwesterkommission.

«Lediglich lautes Denken»

Beim Bundesamt für Strassen tönte es gestern weit moderater, als sich Chef Dieterle in der Sonntagspresse äusserte: Man müsse eben für die Zukunft arbeiten und für die Politik Diskussions- und Entscheidungsgrundlagen zusammentragen. In diesem Zusammenhang sei lautes Denken ja sicher nicht verboten, sagte Sprecher Thomas Rohrbach.

RICHARD CLAVADETSCHER

ANZEIGE

Qualität ohne Kompromisse

SWISSBAU
Halle 2.1, Stand L 24

WYSS MIRELLA
Telefon 041 933 00 74
6233 Büren